

# Bündnis Windpark Winterstein

Pressemitteilung

03.09.21

## Bündnis nimmt Stellung zur Absichtserklärung für Windpark Winterstein

Friedberg, Rosbach, Wehrheim und Ober-Mörlen diskutieren derzeit in ihren Gremien eine mit dem Bundes- und Landesforst getroffene „Absichtserklärung“, die sich mit der Errichtung eines Windparks auf dem Winterstein beschäftigt.

Die jahrelang betriebene Verhinderungsstrategie ist gescheitert. Der Entwurf eines Bebauungsplans mit lediglich drei Windkraftanlagen (WEA), den das Bündnis Windpark Winterstein schon lange kritisiert, ist endgültig vom Tisch. In der Absichtserklärung wird die Haltung des Regierungspräsidiums Darmstadt wie folgt wiedergegeben:

- **Der Vorentwurf des Bebauungsplanes widerspreche den Zielen der Raumordnung des TPEE. Im Vorranggebiet Windenergie haben diese Nutzung Vorrang vor entgegenstehenden Nutzungen.**
- **Da nur 2 % der Landesfläche für die Windenergienutzung zur Verfügung stehe, sei die bestmögliche Ausnutzung der Vorranggebiete unumgänglich.**
- **Der Bebauungsplan sei zwingend an die Ziele der Raumordnung anzupassen, ansonsten sei er unwirksam.**

Das deckt sich völlig mit der bisherigen Argumentation des Bündnisses Windpark Winterstein. Auch der Regionalverband FrankfurtRheinMain und der EBV sind erwähnt. Andere Stellungnahmen sind nicht genannt, obwohl sie u.a. vom BUND und NABU abgegeben wurden.

Die zahlreichen Einwände und der öffentliche Druck von den Organisationen des Bündnisses Windpark Winterstein haben offenbar Wirkung gezeigt. Der Bündnissprecher Hans-Dieter Wagner sagt:

„Angesichts der sich beschleunigenden Klimakatastrophe, der Ausbauziele für Windenergie und der übergeordneten Gesetzeslage ist der Verhinderungsversuch gescheitert“.

Ganz im Sinne des Bündnisses Windpark Winterstein ist es, dass für den Winterstein **„ein gemeinsames Windparkkonzept“** für den Winterstein angestrebt wird, was unserer Forderung nach einem Runden Tisch entspricht. Allerdings ist das Bündnis nicht eingebunden. Wagner stellt weiter fest: „Die Aussage der Kommunen - Sobald die Planungen sich verfestigt haben, werde man die Bevölkerung der beteiligten Orte eigenständig informieren - entspricht nicht unserer Vorstellung von frühzeitiger Bürgerbeteiligung, aber immerhin macht die Politik jetzt wenigstens ihre Hausaufgaben und wird endlich aktiv“.

Auch in unserem Sinne ist die Formulierung, **„dass die Ausnutzung des Windparkpotenzials des Gesamtstandortes prioritäres Ziel ist.“**

Für großen Jubel ist es aber noch zu früh, denn die „Absichtserklärung“ muss noch die Parlamente passieren, wo sich einige Parteien noch vehement gegen die Windenergie stemmen. Auch steht in der Absichtserklärung: „Die Unterzeichnenden können durch schriftliche Mitteilung die Vereinbarung jederzeit beenden.“

Hintertürchen zur Begrenzung des Windparks bieten auch weitere Einschränkungen in der Absichtserklärung und interpretationsfähige Formulierungen wie „eingriffsminimiertes Parklayout“. Damit kann man versuchen, die Zahl der WEA deutlich zu deckeln.

Der Bündnissprecher Diethardt Stamm ergänzt: „Wir werden nun zunächst Kontakt zum Hessenforst aufnehmen, denn er wird als Betreiber einer der beiden Großflächen auf dem Winterstein zeitnah zu einer Ausschreibung seines Gebietes mit bestimmten Vorgaben kommen müssen“. Dem Bündnis ist natürlich auch bekannt, dass es schon Vorverträge von der Firma Enercon zu der zweiten großen Fläche mit dem Bundesforst gibt. Dies könnte dazu führen, dass es keine einheitlichen Planungen gebe. Aber gut wäre es, wenn die Kommunen sich dann z.B. mit ihren kleineren Flächen dem Hessenforst anschließen würden.

Das Bündnis betont, dass auf der Gesamtfläche die nach der Regionalplanung maximale Zahl der Anlagen aufgenommen werden soll. Alles andere wäre eine rechtswidrige Verhinderungsplanung, wobei dann absehbare Klagekosten zu Lasten der Kommunalhaushalte vermieden werden könnten.

Werner Neumann sagt als Bündnissprecher: „Wichtig ist die weitgehende Nutzung der Windenergiepotentiale auch, weil damit sowohl die Bürger:innen, die Kommunen und die Forstverwaltungen am meisten wirtschaftlich profitieren würden“. Eine unzureichende Windenergieplanung würde bei den Kommunen angesichts ihrer engen Haushalte und auch bei den Bürger\*innen Möglichkeiten zur Investition in fortschrittliche Umwelttechnik einschränken.

Absichtsbekundungen gab es auch schon früher. Alle diejenigen, die sich schon lange für einen Windpark Winterstein einsetzen, wissen das nur zu gut. Vor Wahlen wurden die Wähler\*innen schon immer gerne nach dem Motto beruhigt: Seid unbesorgt, wir kümmern uns schon. Nach der Wahl wurde dann der Windpark wieder vergessen. Aufmerksame Wähler\*innen wissen jedoch genau, wer sich für Windenergie, dezentrale Wertschöpfung, Klima und Natur einsetzt und nicht nur vor Wahlen umschwenkt, wenn es gar nicht mehr anders vertretbar ist.

Das Bündnis Windpark Winterstein wird den weiteren Prozess aufmerksam und kritisch begleiten, auch und gerade weil die Kommunen an einer Zusammenarbeit offenbar nicht interessiert zu sein scheinen. Gefordert wird deshalb, dass das Bündnis Windenergie Winterstein an den Planungen beteiligt werden soll. Neumann vom BUND ergänzt: „Dies nicht nur weil wir uns für die naturverträgliche Windenergienutzung dort einsetzen, sondern wir es waren, die von Beginn an die Beteiligung der Bürger gefordert haben und reichlichen Sachverstand sowohl hinsichtlich Windenergie als auch Naturschutz einbringen können“.

Das Bündnis wird dafür sorgen, dass die Öffentlichkeit nicht erst nach Abschluss aller Entscheidungen informiert wird, sondern die Bürger\*innen frühzeitig gehört werden. Geheimplanung im stillen Kämmerlein soll es nicht geben.

Sprecher:innen des Bündnisses Windkraft Winterstein:

Dr. Werner Neumann für den BUND Arbeitskreis Energie Hessen und Bund, Hans-Dieter Wagner für die Anti-Atom-Gruppe Querstellen-Friedberg, Diethardt Stamm für den Energiebildungsverein, Volkmar Heitmann für Wetterau im Wandel, Klaus Kissel für das Bündnis WIR, Betina Quägber-Zehe, Rosbach und Laura Pfeifer für fridays for future Hochtaunuskreis